

Bahnstrecke nach Colmar soll kommen



Von Bärbel Krauß

Badische Zeitung, Fr, 18. Mai 2018

Südwest

Bundestag und Frankreichs Nationalversammlung befürworten Investitionen für eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit / Investitionsprogramm geplant.

- „Was wir jetzt brauchen, ist das Projekt Abbau Grenze“, sagt der deutsche Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der CDU-Abgeordnete Andreas Jung. Foto: dpa



- Bis 1945 fuhren die Züge zwischen Freiburg und Colmar über die 1878 gebaute Breisacher Rheinbrücke. Foto: Stadtarchiv Breisach am Rhein

•

BERLIN. Eine neue Bahnstrecke von Freiburg nach Colmar und ein deutsch-französisches Gewerbegebiet in der Nähe des vor der Stilllegung stehenden Atomkraftwerks im elsässischen Fessenheim – wenn es nach dem Bundestag und der Assemblée nationale geht, dann bleiben diese Projekte nicht Visionen, sondern

werden schnell Wirklichkeit. Das hat die 18-köpfige Arbeitsgruppe mit Abgeordneten aus beiden Parlamenten in Berlin beschlossen.

Die Vertiefung der Zusammenarbeit soll sich nicht auf diese beiden Projekte beschränken. Die Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, dass deutsch-französische Kindergärten, Arbeitsagenturen, gemeinsame Hochschulen und Energienetze zum Normalfall werden und der Rhein als gemeinsames Naherholungs- und Naturschutzgebiet für Franzosen und Deutsche nutzbar wird.

Insgesamt haben die Parlamentarier zwölf Bereiche für die Zusammenarbeit definiert, die parallel zur Neufassung des deutsch-französischen Élysée-Vertrags umgesetzt werden sollen. Dessen Verabschiedung ist für den 22. Januar 2019 geplant; den Textentwurf wollen die beiden Regierungen zum 11. November vorlegen, wenn sich das Ende des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährt.

"Die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll ein Herzstück des neuen Freundschaftsvertrags zwischen Deutschland und Frankreich sein", heißt es in dem Beschluss, der der Badischen Zeitung vorliegt. Die Arbeitsgruppe leistet Vorarbeiten für die zwischen der deutschen und der französischen Regierung, dem Bundestag und der Assemblée nationale vereinbarten Neufassung des Élysée-Vertrags. "Der neue Élysée-Vertrag darf sich nicht in schönen Worten erschöpfen. Wir müssen einen Mehrwert schaffen, der für die Bürger in den Grenzregionen sichtbar wird", forderte der deutsche Vorsitzende der AG, der CDU-Abgeordnete Andreas Jung. "Wir hatten nach der Wende den Aufbau Ost. Was wir jetzt brauchen, ist das Projekt Abbau Grenze."

Um das zu erreichen setzen Andreas Jung und seine Mitstreiter auf umfangreiche Befugnisse für die Grenzregionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland auf der deutschen, und für Elsass und Lothringen auf der französischen Seite – und auf massive Investitionen. "Da muss geklotzt werden und nicht gekleckert", sagte Jung der Badischen Zeitung. Er setzt sich dafür ein, die Bahnstrecke Freiburg-Colmar in das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz aufzunehmen, auf das SPD und Union sich im Koalitionsvertrag verständigt haben. Damit würde sie in den Katalog der für die bevorzugte Realisierung vorgesehenen Infrastrukturprojekte integriert. Dafür hat er nicht nur die Zustimmung von Nils Schmid (SPD), sondern auch von Franziska Brantner (Grüne) und Michael Georg Link (FDP), die für ihre Fraktionen in der Arbeitsgruppe sind.

Um die Kooperationen zwischen den Nachbarregionen zu vereinfachen, soll der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Élysée-Vertrag ein eigenes Kapitel gewidmet werden. Kooperationsregionen auf beiden Seiten der Grenze sollen laut den Vorschlägen der Parlamentariergruppe eigene Kompetenzen und eigene Budgets erhalten; gemeinsame Trägerschaften – etwa bei Kindertagesstätten, Krankenhäusern oder Berufsschulen – sollen ermöglicht werden. Ausnahme- und Experimentierklauseln sollen rasch eingeführt werden, um Hemmnisse im jeweiligen nationalen Recht umgehen zu können. Darüber hinaus fordert die bilaterale Arbeitsgruppe ein deutsch-französisches Investitionsprogramm zur langfristigen Entwicklung der Grenzregionen und deren Einbindung in überregionale Entscheidungen.

Die Absicht zu Kooperationen zwischen links und rechts der Grenze gibt es zwar seit der Freundschaftsvertrag zwischen den ehemals verfeindeten Nachbarn vor 55 Jahren geschlossen wurde. Aber zuletzt sind die Hürden dafür zum Teil sogar wieder höher geworden. Nils Schmid weiß aus seiner Erfahrung als ehemaliger Wirtschaftsminister Baden-Württembergs, dass die Entsenderichtlinie für Arbeitnehmer viel zu häufig zum Hemmnis für die Beschäftigung in Betrieben auf der jeweils anderen Seite der Grenze wurde. "Im Elsass gibt es eine Jugendarbeitslosigkeit von 35 Prozent, auf unserer Seite der Grenze herrscht Fachkräftemangel. Häufig scheitert die Beschäftigung junger Franzosen in deutschen Betrieben an fehlenden Sprachkenntnissen. Wir können sie bisher beim Deutschlernen nicht fördern. Wenn wir das ändern, erschließen wir ein Riesenpotenzial", sagte Schmid.

Franziska Brantner weist auf den sperrigen Umgang mit Hygienevorschriften für Lebensmittel. "Derzeit können französische Bauern ihren Chevre, einen Ziegenkäse, nicht auf deutschen Märkten verkaufen." Auch da will die binationale Arbeitsgruppe Abhilfe schaffen.

Die vier Bundestagsabgeordneten machen keinen Hehl daraus, dass sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Arbeit am neuen Élysée-Vertrag als Turbo für europäische Reformen verstehen. Das deutsche und das französische Parlament haben im Januar eine Resolution verabschiedet und verlangen darin gemeinsame Vorschläge der beiden Regierungen zur Weiterentwicklung und Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Frühjahr 2018. "Das Datum ist ernst gemeint", sagte Jung auch an die Adresse der eigenen Regierung gerichtet.

Bahn nach Colmar

Eine Zusanbindung von Freiburg nach Colmar, samt einer neuen Brücke: Die politischen Partner in Baden-Württemberg und im Elsass stehen hinter diesen Plänen. Im Gespräch ist eine Verlängerung der Breisacher Bahn. Eine Machbarkeitsstudie für Gleisstrecke und Brücke, finanziert von beiden Seiten, soll spätestens in diesem Herbst in Auftrag gehen. Jeden Tag passieren rund 20 000 Menschen die Grenze bei Breisach. Derzeit arbeitet die regionale Umwelt- und Verkehrsbehörde in Straßburg an dem notwendigen Lastenheft. Schneller könnte der Anschluss an die A5 und die französische A35 gelingen. Dafür soll die bislang nur einspurig befahrbare Brücke zwischen Hartheim und Fessenheim verbreitert werden.